

V0618/21

öffentlich



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 08.07.2021

Telefon (0841) 3 40 02
Telefax (0841) 9 31 23 57
E-Mail fraktion.spd@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	13.10.2021
Stadtrat	28.10.2021
Kommission für Seniorenarbeit	11.11.2021

**Pflegeoffensive für Ingolstadt
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.07.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Bestand an Pflegeplätzen in Ingolstädter Heimen hinkt der 2017 von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt erstellen Bedarfsprognose nach wie vor hinterher. Mit den aktuell geplanten Projekten wird der laut Gutachten 2024 gegebene Bedarf ebenfalls noch nicht gedeckt sein. Hinzu kommt: Angesichts der deutschlandweiten Entwicklung ist auch in Ingolstadt davon auszugehen, dass der vor vier Jahren für 2035 festgestellte Bedarf sogar noch einmal deutlich steigen wird. Es besteht demnach akuter Handlungsbedarf.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt deshalb folgenden

Antrag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend alle Träger von Pflegeheimen zu einem Gespräch einzuladen mit dem Ziel, deren Pläne für die Neuerrichtung von Pflegeheimen zu eruieren und die bedarfsgerechte Schaffung weiterer Pflegeplätze anzustoßen.
2. Die Träger werden angehalten, in ihre Planungen auch Kurzzeitpflegeplätze aufzunehmen.
3. Die Verwaltung prüft, auf welche Weise und in welchem Umfang die Errichtung zusätzlicher Pflegeheime gefördert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob die 2017 eingestellte Förderung durch die Stadt von 23.000 Euro pro Pflegeplatz wieder aufgenommen werden kann.

4. Die Stadt setzt sich über den Bayerischen Städtetag sowie bei der Bayerischen Staatsregierung selbst dafür ein, dass ein weiteres Sonderprogramm für die Förderung von Pflegeheimplätzen aufgelegt wird.
5. Das Planungsreferat wird beauftragt, bei künftig aufzustellenden Bebauungsplänen die Versorgung der Stadtteile mit Pflegeheimen zu berücksichtigen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, in Baugebieten, in denen demnächst mit der Erschließung begonnen wird, wie dem Samhofgelände, Möglichkeiten zur Errichtung von Pflegeplätzen auszuloten.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste mit Grundstücken zu erstellen, die für eine Bebauung mit Pflegeheimen in Frage kommen.
8. Der Stadtrat wirkt über seine Vertreter im Stiftungsrat darauf hin, dass die Heilig-Geist-Spital-Stiftung ehestmöglich ihre Neubaupläne für ein Pflegeheim umsetzt und die Sanierung der Einrichtung in der Fechtgasse in Angriff nimmt.
9. Der Zweckverband Klinikum wird gebeten zu prüfen, zusätzliche Klassen für Altenpflegekräfte zu errichten.
10. Dem Sozialausschuss wird regelmäßig über die aktuelle Entwicklung berichtet.

Begründung:

Die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre war ein Meilenstein der Sozialgesetzgebung in Deutschland. Jedoch sehr spät und außerdem unzureichend ist dieser Bereich erst in jüngster Vergangenheit fortentwickelt worden. Insbesondere hakt es bei der Versorgung mit Pflegeplätzen sowie der Ausbildung von Pflegepersonal.

Die Lebensverhältnisse in unsere Gesellschaft haben sich verändert. Viele Familien können aufgrund der beruflichen Situation ihre Angehörigen nicht mehr zuhause pflegen. Deshalb müssen größere Anstrengungen bei der Neuerrichtung von Pflegeheimen unternommen werden. Parallel dazu muss das erforderliche Personal für die zusätzlichen Heime ausgebildet werden. Bereits heute klagen viele Träger über extreme Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung. Die in jüngster Zeit vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berufes müssen jetzt einhergehen mit großen Anstrengungen bei der Ausbildung von Pflegekräften. Dabei sind auch die Kommunen gefragt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christian De Lapuente
Fraktionsvorsitzender

gez.

Achim Werner
Sprecher Sozialausschuss